

Neuer Kindersachstandsbericht veröffentlicht / Investitionen der Stadt für den Ausbau der Kinderbetreuung werden allein bis 2028 auf 34 Mio. Euro veranschlagt

Dreieich. Der Magistrat der Stadt Dreieich hat im Rahmen einer Sondersitzung den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Sport und Kultur den aktuellen Sachstandsbericht zur Kinderbetreuung 2022/2023 vorgestellt. Erstmals hat der Fachbereich Soziales, Schule und Integration dafür die Versorgungslage mit dem Berechnungstool des Kreises Offenbach dargestellt. Der Kreis möchte damit eine Vergleichbarkeit des Betreuungsangebots in allen 13 Landkreiskommunen herstellen.

Planerisch sind mit dem Einsatz des Tools einige Änderungen verbunden. Zum Beispiel wurde der Stichtag der Erhebung verändert sowie die zu betrachtende Spanne der Geburtenjahrgänge. Wurden beispielsweise bisher nur die Jahrgänge der ein- bis dreijährigen Kinder berücksichtigt, die gemäß § 24 Abs. 2 SGB VIII einen Rechtsanspruch auf Betreuung haben, werden mit dem Kreismodul die Jahrgänge der null- bis dreijährigen Kinder berücksichtigt. Wurden im alten Sachstandsbericht für die Bedarfsberechnung im Kindergarten vier Jahrgänge berücksichtigt, sind dies mit dem Kreismodul nur dreieinhalb Jahrgänge. Diese veränderte Betrachtungsweise führt auch zu veränderten Ergebnissen hinsichtlich des Ausbaubedarfs in Dreieich.

„Die beständige Beobachtung und Bewertung der Bedarfslage gehört zu unserem Arbeitsalltag. Ganzjährig tagt für diesen Zweck die AG Kita-Entwicklungsplan, der derzeit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Fachbereich Soziales, Schule und Integration und der DreieichBau AöR angehören“, erläutert Ellen Grohe, Leiterin des Fachbereichs Soziales, Schule und Integration. Im Rahmen des Sachstandsberichts wird die aktuelle Bevölkerungsentwicklung in Verbindung mit der Versorgung mit Betreuungsplätzen ganzheitlich betrachtet, ausgewertet und mit erforderlichen Maßnahmen fortgeschrieben.

Im Sozialausschuss wurden die jeweiligen Betreuungsbedarfe in den verschiedenen Alterssegmenten in den einzelnen Stadtteilen sehr detailliert betrachtet. Je nach Stadtteil stellen sich die Betreuungslücken unterschiedlich dar. Stadtweit fehlen laut der neuen Auswertung derzeit 166 Betreuungsplätze, um dem Rechtsanspruch auf Betreuung im Kindergarten vollumfänglich entsprechen zu können. Um das Ziel der Stadt Dreieich umsetzen zu können, jedem zweiten Kind unter drei Jahren eine Betreuung anzubieten, fehlen stadtweit etwa 270 Betreuungsplätze.

Auch mit der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Betreuung in der Grundschule, der ab dem Schuljahr 2026/2027 schrittweise eingeführt wird, setzt sich der Sachstandsbericht auseinander. Besonderer Handlungsbedarf besteht in Spremlingen und Dreieichenhain. In Dreieichenhain sind die Planungen für den Bau eines neuen Betreuungsgebäudes bereits in vollem Gange. Auch für den Stadtteil Spremlingen hat der Kreis, der als Schulträger aktiv die Erweiterung der Grundschulen hin zur Ganztagsfähigkeit plant, erste Maßnahmen angekündigt. Dennoch drückt der Zeitplan. Der hessische Städtetag hat in einem kürzlich veröffentlichten Statement das Land Hessen aufgefordert, die Kommunen in dem Prozess mehr zu unterstützen.

„Ich weiß um die besondere Bedeutung und Wichtigkeit der Bereitstellung von Betreuungsplätzen, vor allem für die Bildungschancen unserer Jüngsten in Dreieich“, sagt Bürgermeister Martin Burlon. „Wir nehmen unsere Verantwortung weiterhin sehr ernst. Für den Ausbau von Betreuungsplätzen von Kindern unter drei Jahren bis zum Ende der Grundschulzeit sind im städtischen Haushalt bis zum Jahr 2028 nach aktuellen Schätzungen 34 Millionen Euro für den Ausbau des Betreuungsangebots vorgesehen. Allein dieser Betrag macht deutlich, welche große Herausforderung der Betreuungsausbau für unsere Kommune bedeutet.“

Wie groß diese Herausforderung auch jenseits der finanziellen Investitionen ist, zeigt eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung. Laut dieser Erhebung fehlen derzeit bundesweit 384.000 Betreuungsplätze in Kitas, um den Bedarf der Eltern zu decken. Dem gegenüber steht aktuell ein Fehlbedarf an pädagogischen Fachkräften von 98.600. Allein für Hessen prognostiziert die Bertelsmann-Stiftung bis 2030 25.000 zusätzlich fehlende Erzieherinnen und Erzieher. „Diesen Prognosen begegnen wir mit einem umfangreichen Ausbildungsangebot sowie einem entsprechenden Maßnahmenpaket, das von der Personalgewinnung bis hin zu Leistungspaketen ein breites Spektrum aufweist“, so Bürgermeister Martin Burlon. „Der Fachkräftemangel im pädagogischen Bereich ist eine Herkulesaufgabe für alle Kommunen. Auch hier sind wir auf die Unterstützung des Landes Hessen angewiesen, zum Beispiel mit effizienten Maßnahmen, die bereits bei der Berufsausbildung ansetzen.“